

Ursula Reitemeyer

Marx' Theorie der entfremdeten Arbeit im Spiegel der sich auflösenden Lohnarbeitsgesellschaft

Angesichts einer stabilen Arbeitslosenquote in Millionenhöhe in allen Ländern dieser einen und globalisierten Welt, einer Arbeitslosenquote, die trotz konjunktureller Schwankungen und regionaler Besonderheiten insgesamt eher eine steigende, denn fallende Tendenz aufweist, muss die Frage erlaubt sein, ob Vollbeschäftigung im Sinne von bezahlter Arbeit für alle, überhaupt eine realpolitische Zielperspektive sein kann. Denn es ist wohl unbestritten, dass eine auf der Logik der Profitrate basierende Ökonomie den technologischen Fortschritt in erster Linie zur Steigerung des Profits, und das heißt zur Senkung der Lohnkosten einsetzt und nicht etwa unter dem moralischen Anspruch steht, die Arbeit für den Einzelnen zu erleichtern. Dies mag etwa in Form von Arbeitszeitverkürzung und der Abschaffung von Kinderarbeit ein Nebeneffekt der maschinellen Aufrüstung sein, der aber weder ihr Zweck ist, noch sich automatisch einstellt, nur weil z. B. bestimmte Schrauben bei der Automontage von einem Roboter eingesetzt werden können statt von menschlicher Hand. Insofern nämlich der einzelne Arbeiter kraft der neuen Technologie eine höhere Stückzahl produzieren muss, erleichtert die Maschine nicht im umfassenden Sinn sein Handwerk, sondern macht es nur profitabler.

In der Tat hat sich in den letzten zwanzig Jahren die Produktion fast verdoppelt und die Zahl der in der Produktion Beschäftigten halbiert. Im Dienstleistungsbereich, der zunächst als Auffanglager der arbeitslosen Arbeiter diente, sieht es inzwischen nicht viel anders aus. Dank des Computers kann eine Sachbearbeiterin jetzt die Arbeit von vormals vier Kolleginnen verrichten, ohne Überstunden machen zu müssen. Aber ob die der Sachbearbeiterin abgenötigte Effizienz ihre Arbeit erleichtert oder deren Entfremdungsgrad zurücknimmt, darf bezweifelt werden. In Abwandlung des berühmten Kantzitats aus der Aufklärungsschrift, muss in der Tat gefragt, warum der Mensch sich auf diesen technologischen Höchststand empogearbeitet hat, wenn er diese Errungenschaften nicht nutzt, seine Arbeit zu erleichtern, d. h. die Arbeitszeit insgesamt zu verkürzen und durch gleichmäßige Verteilung der Lohnarbeit Bildung und Wohlstand insgesamt, und nicht nur partiell, zu ermöglichen.

Im Grunde genommen ist es jedem vernunftbegabten Menschen einsichtig, dass eine ökonomische, soziale und politische Balance das gesellschaftliche Zusammenleben friedlich ordnet und Wissenschaft, inklusive des technischen Fortschritts, vor allem dazu eingesetzt werden sollte, um diese Balance zu stabilisieren. Dies würde bedeuten, dass der Roboter am Fließband der Autoproduktion nicht ausschließlich, und philosophisch betrachtet, nicht vorrangig dazu dient, die Stückzahl zu erhöhen, sondern den Entfremdungsgrad der Arbeit zu senken. Anstelle stupider, gleichförmiger Arbeit, die mit Fließbandarbeit unweigerlich verbunden ist, könnte, so der gesunde Menschenverstand, durch den Einsatz von Maschinen die Arbeitszeit ohne Effektivitätseinbuße verkürzt und die dadurch freigesetzte Arbeitskraft in weniger entfremdeten Handlungsfeldern wie der Kindererziehung, der Weiterbildung oder der Stadteilarbeit gegenständlich werden.

Soweit der gesunde Menschenverstand, dessen Pragmatismus sich an diesem Punkt nicht substantiell von einer modernen, an der Würde des Menschen orientierten, rechtsstaatlichen Argumentationslinie unterscheidet.

Marx' Ausblick in eine zukünftige, und wie ich behaupte, bürgerliche Gesellschaft von Freien und Gleichen, in der „Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann“¹, und deren Grundprinzip die ökonomische, soziale und politische Balance unter den verschiedenen Klassen ist, erscheint mit Blick auf die vom Staat zu gewährleistende Sicherheit seiner Bürger, welches nur in Verhältnissen des sozialen Friedens gelingt, nicht so romantisch oder utopisch, mit einem Wort unpragmatisch, wie die Gegner aus dem liberalen Lager seit jeher mutmaßen. War es Naivität, die Marx glauben machte, dass der technische Fortschritt, wenn nicht die Arbeitsteilung aufheben, so doch den Entfremdungsgrad der Industriearbeit senken und dadurch die Chance auf eine identische Lebensweise auch in der Industriemoderne verbessern würde? Oder stand diese Schlussfolgerung nicht eher unter den Vorzeichen einer pragmatischen Logik, der sich gerade auch der gesunde Menschenverstand bedient, wenn er das Allgemeinwohl in Beziehung zum subjektiven Glücksanspruch setzt? War es naiv, eine Neubewertung von Arbeit insgesamt und von Mehrwert erzeugender Lohnarbeit im besonderen einzufordern angesichts explosionsartig steigender Produktions- und Profitraten? Und würden Maschinen nicht auch die Arbeit der Kinder ersetzen, die

¹ K. Marx / F. Engels: Die deutsche Ideologie (1845/46). In: MEW. Bd. 3. Berlin 1969, S. 33.

statt dessen zur Schule gehen könnten, erstens um sich zu bilden, also urteilsfähig zu werden, und zweitens um sich anschließend auf einen selbst gewählten Beruf vorzubereiten?²

Marx, der inmitten der Industriemetropole London mehr schlecht als recht seine Existenz fristete und die seiner Familie kaum sichern konnte, war als Verfasser des Kapitals ebensowenig ein Sozialromantiker wie als Kommunarde in Paris, wo er im Rahmen der Ökonomisch-philosophischen Manuskripte die Theorie der entfremdeten Arbeit verfasste³. Der gegenüber der Philosophie erhobene Anspruch, die Welt zu verändern⁴, war verknüpft mit der Forderung, sich auf einen neuen Pragmatismus einzulassen, wodurch man erstens den gesunden Menschenverstand wieder mit ins Boot holte und zweitens den Zeitgeist mit sich selbst, d. h. mit der ihm innewohnenden, letztlich pragmatischen Systemrationalität konfrontieren konnte. Stand seit Hegel die unterm Protektorat des absoluten Geistes sich vollziehende epochale Selbstvervollkommnung des Systems als unhintergehbare Rationalität über den realen Ereignissen, wird diese nun vom Hegelschüler Marx für das System der bürgerlichen Gesellschaft als ihre innere Struktur selbst eingeklagt. Wenn die große Systemphilosophie und mit ihr der in ihrer Systemrationalität aufgehende Zeitgeist, die Logik des Systems an die Schaltstellen wissenschaftlicher, gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Umwälzungen setzt, dann ist in dieser Systemlogik auch ein zweckrationaler Pragmatismus enthalten. Der Zweck wäre der bürgerliche Rechtsstaat, in dem Vernunft und die realen gesellschaftlichen Verhältnisse eine Einheit gebildet hätten, und der auf diesen Zweck ausgerichtete Vermittlungsprozess würde sich einer entsprechenden Handlungslogik unterwerfen, hätte also Handlungsmaximen daraufhin zu untersuchen, ob sie

² Vgl. dazu Marx' Entwurf der polytechnischen Erziehung. Die Arbeit von Frauen und Kindern. Genfer Resolution des Generalrates (1866). In: Der Vorbote. Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation. Erster Jahrgang (Oktober 1866), No. 10. Siehe auch: U. Reitemeyer: Bildung und Arbeit von der Aufklärung bis zur nachmetaphysischen Moderne. Kap. III.

³ K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. In: Marx Werke. Hrsg. v. H.-J. Lieber u. P. Fürth. Erster Band. Frühe Schriften. S. 559 ff.

⁴ Zweifellos bezieht sich Marx in der letzten der berühmten Thesen über Feuerbach auf dessen Schrift „Grundsätze der Philosophie der Zukunft“ (1843) (in: Ludwig Feuerbach: Werke in sechs Bänden. Hrsg. v. E. Thies. Frankfurt 1975. Bd. 3), die, obgleich mit dem spekulativen Idealismus und der großen Systemphilosophie abschließend, doch nur wieder Philosophie produziere, die dem Weltgeschehen wie die Eule der Minerva hinterherfliege, statt es zu gestalten. Vgl. MEW Bd. 3, S. 7.

dem Zweck, einen Vernunft- bzw. Rechtsstaat zu gründen, entsprechen oder nicht.

Vom Standpunkt der anti-restaurativen Praxisphilosophie des Vormärz gehörte Hegels neuer Systementwurf, der Natur und Geschichte vermittelt des Prinzips der Entwicklung zu einem sich selbst vervollkommnenden, epochal strukturierten Ganzen zusammenschürte und damit auch die unmittelbare Lebenswelt unter die Ordnung der Vernunft brachte, streng genommen gar nicht mehr zur Schule des Idealismus⁵. Vielmehr führe die von Hegel aufgehobene Trennung zwischen intellegibler und empirischer Welt, zwischen philosophischem und lebenspraktischem Denken als unterschiedene Seiten des gleichen Vernunftprozesses direkt in eine Praxisphilosophie, deren Grundlage, wie Marx schließt, ein systemrationaler Pragmatismus sei, den Hegel selbst nicht erkenne. Wendet man, aus Sicht des Junghegelianismus, die Rationalität des sich im aufsteigenden Bewusstseins unweigerlich vervollkommnenden Systems auf sich selbst an, dann müsste der hier und jetzt die Lebenswelt ordnende Staat dieser Systemrationalität auch unterworfen und damit pragmatisch auf das Allgemeinwohl ausgerichtet sein⁶. War der bürgerliche Rechtsstaat erst einmal als höchster Zweck gesellschaftlicher Praxis definiert, war in dieser Definition die Anweisung zu einem an diesem Zweck ausgerichteten Handeln mit enthalten. Je engmaschiger Hegel das Netz der Systemlogik webt, so dass kein Wirklichkeitspartikel mehr durchfallen kann, um so mehr verfängt sich das spekulative Denken in einem politischen Pragmatismus, dem es sich, wenn das Wahre das Ganze und das Wirkliche gleichzeitig das Vernünftige ist, kaum entziehen kann. Können, wie Marx argumentiert, „Rechtsverhältnisse wie Staatsformen weder aus sich selbst ... noch aus der sogenannten allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes“ begriffen werden, sondern nur durch die Analyse der „materiellen Lebensverhältnisse“⁷, dann führt eine solche Analyse eben auch zur Erkenntnis der Unvernunft und Unwahrheit

⁵ Vgl. hierzu Feuerbachs Brief an Hegel vom 22. November 1828, in dem er fordert, dass es nun an der Zeit sei, die Idee zu verweltlichen bzw. zu verwirklichen, also die „Inkarnation des Logos“ zu betreiben. In: Werke in sechs Bänden: A. a. O. S. 354. Hegel hat diesen Brief, soviel bekannt ist, nie beantwortet.

⁶ Vgl. G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts (1821). In: Werke in zwanzig Bänden. Hrsg. v. E. Moldenhauer u. K. M. Michel. Frankfurt 1971. Bd. 7. § 125, 126, S. 236 ff.

⁷ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie (1859). In: MEW. A. a. O. Bd. 13, S. 8.

des Ganzen und der ihm innewohnenden pragmatischen Systemlogik, die nicht dem Menschen, bzw. der Verbesserung seiner materiellen Lebensverhältnisse dient, sondern nur dem System selbst.

Die Systemlogik ist, streng betrachtet, also pragmatisch in sich selbst, auch wenn Hegel diesen Schluss bekanntlich selbst nicht zog und es seinen Schülern überließ, die von ihm ins Leben gerufenen Systemrationalität in mehr oder weniger pragmatische Programmschriften⁸ zu übersetzen, die in der Tat die Welt veränderten, oder weniger emphatisch ausgedrückt, politische Geschichte geschrieben haben und bis in die Gegenwart schreiben. Nun lässt sich kein politisches Programm zur Realisierung des Vernunft- und Rechtsstaats schreiben, ohne gleichzeitig positiv zu werden. Das bedeutet, dass in der Kritik des Bestehenden als das noch nicht zur Vernunft Gekommene das zur Vernunftkommen durch Veränderung des Bestehenden als Positives immer schon enthalten ist. Dieses hinter jeder Kritik stehende Positive, ob ausdrücklich benannt oder nicht, erfordert notwendig einen Plan zur Umgestaltung bestehender sozialer, politischer und ökonomischer Strukturen, insofern die bestehenden einer Prüfung durch die Vernunft nicht standhalten. Die Qualität eines solchen Plans wird nicht zuletzt an seiner Praktikabilität gemessen werden müssen, d. h. es reicht nicht aus zu zeigen, dass ein nach Vernunftprinzipien geordneter Staat soziale, politische und ökonomische Balance mit sich führt. Zu einem guten Plan gehört, dass man neben dem Ziel auch einen Weg mit entsprechenden Stationen benennen kann und dies bedeutet zugleich, dass man dort anfangen muss, wo man steht. Nur so ist nämlich auch gewährleistet, dass die Aufgabe erfüllt wird, auch wenn Marx sicher ist, dass sich die Menschheit nie Aufgaben stellt, die sie nicht auch lösen kann, „denn genauer betrachtet wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind“⁹.

Mit Blick auf die durch die Industrielle Revolution ausgelöste „Umwälzung“ der Stände- zur Klassengesellschaft überrascht es daher kaum, dass die aus der Hegelschule hervorgehende Praxisphilosophie ihre Verbündeten in den „positiven“ (Natur-)Wissenschaften und dadurch vermittelt im

⁸ Neben dem Manifest der Kommunistischen Partei von 1847/48 in: MEW Bd. 4 wäre vor allem auf Friederich Engels Schrift: Grundsätze des Kommunismus (1847) ebd. zu verweisen, aus der das Manifest im wesentlichen hervorgeht.

⁹ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. A. a. O. S. 8.

technischen Fortschritt sah¹⁰. Wenn erst einmal alle Wissenschaften positiv geworden wären, d. h. sich ihrer spekulativen Inhalte entledigt hätten¹¹ und in den Dienst des technischen und gesellschaftlichen Fortschritts getreten wären, würden sich infolge der Umstrukturierung der Arbeit die bestehenden Klassenstrukturen entweder durch Revolution oder schrittweise auflösen. Innerhalb dieses Umstrukturierungsprozesses mögen revolutionäre Bewegungen diesen beschleunigen bzw. auf die Spitze treiben, aber sie lösen ihn nicht aus. Dies besorgt, ganz im Stil der Hegelschen Systemrationalität bzw. Entwicklungslogik, die Dynamik des Systems selbst, dessen Prinzip das Werden ist, wodurch das Bestehende einem permanenten Auflösungsprozess ausgesetzt ist. Vom Standpunkt einer universalistischen Systemphilosophie betrachtet, der sich gerade die systemkritische Praxeologie der Linkshegelianer nicht entziehen kann¹², befindet sich mit dem gesamten System der bürgerlichen Gesellschaft auch der Wissenschaftsbetrieb als eines ihrer Subsysteme in einem permanenten Umbruch, steht also in einem permanenten Ablösungsprozess vom Alten und Traditionalen, und zwar unabhängig davon, ob dies dem Zeitgeist bewusst ist oder nicht. Die Auflösung der Klassengesellschaft ist ihr als existierende eingeschrieben, so wie der technische Fortschritt unweigerlich zu einer Automatisierung der Arbeit und damit zur Intensivierung der Arbeitszeit führt, die dann auch verkürzt werden kann¹³.

Nun haben sich aus der Perspektive des 21. Jahrhunderts, wenigstens in den westlichen Industriegesellschaften, zwar einzelne Klassen, wie etwa das Proletariat oder das Bürgertum, aufgelöst, nichtsdestoweniger blieb die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt in ausdifferenzier-

¹⁰ Vgl. dazu: *Materialismus und Spiritualismus. Philosophie und Wissenschaften nach 1848*. Hrsg. v. A. Arndt u. W. Jaeschke. Hamburg 2000.

¹¹ Es heißt in der *Deutschen Ideologie*: „Da, wo die Spekulation aufhört, beim wirklichen Leben, beginnt also die wirkliche, positive Wissenschaft, die Darstellung der praktischen Betätigung, des praktischen Entwicklungsprozesses des Menschen. Die Phrasen vom Bewußtsein hören auf, wirkliches Wissen muß an ihre Stelle treten. Die selbständige Philosophie verliert mit der Darstellung der Wirklichkeit ihr Existenzmedium.“ MEW Bd. 3, S. 27.

¹² Marx bestreitet eine mögliche Affinität seiner Kritik der Politischen Ökonomie mit Hegels Systemlogik bekanntlich sehr entschieden. Vgl. K. Marx: *Nachwort zur zweiten Auflage des Kapitals* (1873). In: MEW Bd. 23. A. a. O. S. 27.

¹³ Ebd. S. 431 ff.

ter Form erhalten¹⁴. Wenn eine der weltweit reichsten Industrienationen wie die Bundesrepublik Deutschland nicht in der Lage ist, einem Drittel ihrer Bürgerinnen und Bürger existentielle Sicherheit zu gewährleisten, dann scheint sich Hegels Wort zu bewahrheiten, dass eine an der Logik der Profitrate sich ausschließlich ausrichtende Ökonomie, die Gesellschaft nie so reich mache, dass keine Armut mehr existieren könne¹⁵. Im Gegenteil: im Zuge der Auflösung nationalökonomischer Strukturen, des immensen Anwachsens internationalen Kapitals und des unbarmherzigen Konkurrenzkampfes auf dem globalen Arbeitsmarkt hat sich auch in den reichen Industrienationen die Zahl der Armen signifikant vergrößert, woraus sich der

¹⁴ Vgl. hierzu eine Studie der TNS Infratest Sozialforschung Berlin im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, welche die Klassenstruktur der bürgerlichen Gesellschaft in ausdifferenzierter Form darstellt. Danach setzt sich das deutsche Wahlvolk aus folgenden „politischen Typen“ zusammen: Leistungsindividualisten (11%), Etablierte Leistungsträger (15%), Kritische Bildungseliten (9%), Engagiertes Bürgertum (10%), Zufriedene Aufsteiger (13%), Bedrohte Arbeitnehmermitte (16%), Selbstgenügsame Traditionalisten (11%), Autoritätsorientierte Geringqualifizierte (7%) und das abgehängte Prekariat (8%). Vgl.

http://www.fes.de/inhalt/Dokumente/061016_Gesellschaft_im_Reformprozess.pdf

Zählt man die durch Arbeitsplatzverlust bedrohte Arbeitnehmermitte zusammen mit den Geringqualifizierten und dem Prekariat, ergibt sich, dass ein Drittel der deutschen Bevölkerung in unsicheren Verhältnissen arbeitet und lebt und etwa 4-5 Millionen Menschen in Armut. Darunter befinden sich laut einer Unicef-Studie 2,8 Millionen Kinder. Vgl. http://www.unicef.de/fileadmin/content_media/presse/fotomaterial/Kinderarmut/Report_Card_RWI_Child_Poverty_in_Germany.pdf

¹⁵ Im Paragraph 245 der Rechtsphilosophie heißt es: „Wird der reicheren Klasse die direkte Last aufgelegt, oder es wären in anderem öffentlichen Eigentum ... die direkten Mittel vorhanden, die der Armut zugehende Masse auf dem Stande ihrer ordentlichen Lebensweise zu erhalten, so würde die Subsistenz der Bedürftigen gesichert, ohne durch die Arbeit vermittelt zu sein, was gegen das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und des Gefühls ihrer Individuen von ihrer Selbständigkeit und Ehre wäre; oder sie würde durch Arbeit (durch Gelegenheit dazu) vermittelt, so würde die Menge der Produktionen vermehrt, in deren Überfluß und dem Mangel der verhältnismäßigen selbst produktiven Konsumenten gerade das Übel besteht, das auf beide Weisen sich nur vergrößert. Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem *Übermaße des Reichtums* die bürgerliche Gesellschaft *nicht reich genug* ist, d. h. an dem ihr eigentlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem *Übermaße der Armut* und der Erzeugung des Pöbels zu steuern“ (G. W. F. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts. A. a. O. S. 390).

Schluss ziehen lässt, dass der technische oder technologische Fortschritt zwar zur Steigerung der Produktivität, aber nicht zur Humanisierung der Arbeitswelt bzw. zu einer Verteilungsgerechtigkeit bezahlter Arbeit beigetragen hat.

Vielleicht ist das Marxsche Programm zur Humanisierung der Arbeitswelt und, von dort ausgehend, zur Humanisierung der bürgerlichen Gesellschaft an seinem sich selbst nicht durchschauenden Wissenschaftspositivismus gescheitert. Warum sollten sich die positiven Wissenschaften in den Dienst eines unbestimmten, abstrakten Allgemeinwohls stellen, wenn ihre Produkte direkt in bare Münze umgewandelt werden können?¹⁶ Vom Ende aus betrachtet ist es inkonsequent zu hoffen, instrumentelle Vernunft von dem System der bürgerlichen Gesellschaft, deren Produkt sie ist, ablösen zu können, um so den von ihr erzeugten technologischen Fortschritt als Werkzeug des Humanisierungsprojekts in Anschlag zu bringen. Wenn nämlich der Fortschritt des instrumentellen Pragmatismus nur durch Ausschluss der moralphilosophischen Reflexionsebene erkaufte wird, dann ist ihm das Inhumane inhärent auch in den Händen des Proletariats, das sich kraft Aneignung der Produktionsmittel und deren effizienter Nutzung zwar „über“ die anderen Klassen „erheben“ mag, aber die Klassenstruktur selbst nicht zum Verschwinden bringt¹⁷.

In Wirklichkeit ist es natürlich nicht so, als wäre der Gesellschaft die Arbeit ausgegangen. Wer heute bezahlte Arbeit hat, muss mehr leisten als noch vor zehn Jahren und dies in doppelter Hinsicht. Einerseits verrichtet der Arbeitnehmer dank technologischen Fortschritts ein doppeltes Arbeitspensum, andererseits bezahlt er für die wegfallenden Arbeitsplätze, indem er jenes Sozialsystem finanziert, das die Nichterwerbstätigen auffängt. Stehen heute in der Bundesrepublik Deutschland schon drei Nichterwerbstätige einem Erwerbstätigen gegenüber, wird sich dieses Verhältnis innerhalb der nächsten zwanzig Jahre weiter verschärfen, so dass es Prognosen gibt, die von einem eins zu fünf Verhältnis im Jahr 2030 sprechen. Insofern die

¹⁶ Auf diesen Umstand macht Max Horkheimer in seiner Programmschrift: *Traditionelle und Kritische Theorie* von 1937 aufmerksam. In: *Kritische Theorie*. Hrsg. v. A. Schmidt. Frankfurt 1972, Bd. II.

¹⁷ So heißt es etwa am Ende des oben bereits zitierten Artikels über Frauen- und Kinderarbeit, dass „die Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit, geistiger Bildung, körperlicher Übung und polytechnischer Abrichtung ... die Arbeiterklasse weit über die höheren und mittleren Klassen heben“ werde. In: *Der Vorbote*. A. a. O. S. 151.

Produktions- und Profitrate im gleichen Verhältnis steigt wie die Anzahl der Arbeitsplätze abnimmt, zahlt nicht nur das Heer der Erwerbslosen die Rechnung, sondern jeder verbliebene Erwerbstätige, dessen Lohn sich im Unterschied zu seiner Produktivität eben nicht verdoppelt.

Es war Marx, der die künstliche Verknappung von Arbeitsplätzen als ein Instrument des Kapitals identifizierte, das eingesetzt wird, um erstens den Arbeitsmarkt zu kontrollieren, also die Lohnkosten so gering wie möglich zu halten, und zweitens um die Akkumulation des Kapitals zu befördern¹⁸. Die vom Liberalismus aufgestellte Theorie, dass im Zuge der Kapitalakkumulation der Wohlstand für fast alle als Nebenprodukt miterzeugt werde, wird von Marx bereits in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts als Ideologie demaskiert und ließ sich eigentlich nur in den Jahren des Wiederaufbaus von Europa in der westlichen Hemisphäre verkaufen. Seitdem die Wirtschaftswunderjahre Geschichte sind und dem Import billiger Arbeitskraft bzw. dem Auslagern von Arbeitsplätzen in Niedriglohngelände keine Grenzen mehr gesetzt sind, zeigt der Liberalismus in Form von Armutsberichten, Bildungsstudien und Arbeitslosenstatistiken sein inhumanes Gesicht auch in den sogenannten „reichen“ Industrieländern. Wie kann es sein, fragt sich der gesunde Menschenverstand ein weiteres Mal, dass der „Exportweltmeister“ Deutschland nicht genug Geld hat, um die immer weniger werdenden Kinder angemessen zu unterrichten? Kann es sein, so ließe sich mit Marx dagegen fragen, dass die hohe Produktivität gerade durch die „Züchtung“ eines bildungs- und arbeitsplatzfernen „Prekariats“ erkaufte wird, indem nur in sogenannte „Spitzenforschung“ investiert wird, die sich im Unterschied zu mittelfristigen allgemeinen Bildungsprogrammen sofort amortisiert?

So unmissverständlich Marx die Verknappung von bezahlter Arbeit als Instrument des Profitstrebens darstellte, so undistanziert stand er dem neuen Wissenschaftspositivismus und dem von ihm forcierten technischen Fortschritt gegenüber, die er beide nur einer relativen Ideologiekritik unterzog. Sonst wäre ihm aufgefallen, dass die Automatisierung der Produktion, die eben nur im Zeichen der Effizienz und des Profits steht, auch unter veränderten Verhältnissen nicht notwendig „zur Quelle humaner Entwicklung“ umschlägt¹⁹. Erst wenn die durch Automatisierung erzielte Verkür-

¹⁸ In dem Abschnitt über die Produktion des relativen Mehrwerts bearbeitet Marx diesen Kontext unter dem Titel: Übergang der modernen Manufaktur und Hausarbeit zur großen Industrie. In: Das Kapital. A. a. O. S. 494 ff.

¹⁹ Ebd. S. 514.

zung der Arbeitszeit nicht zu einer gleichzeitigen und gleichmäßigen Verknappung von Arbeitsplätzen führen würde, welches jedoch ein Selbstwiderspruch ist, ließe sich so etwas wie ein Humanisierungspotential der Maschine bescheinigen. Insofern technischer Fortschritt menschliche Handarbeit zunehmend vernichtet, vernichtet er mehr Arbeitsplätze, als er neue schafft und beschleunigt so die Reproduktion von überflüssiger menschlicher Arbeitskraft. Dieser Überschuss an menschlicher Arbeitskraft in Zeiten eines technologischen Überschlags kann unter den Vorzeichen einer globalisierten „Eine-Welt-Ökonomie“ auch nicht durch die Geburtenrückgänge in den westlichen Industriestaaten wettgemacht werden, so dass Armut infolge von Erwerbslosigkeit als unhintergehbare andere Seite des technischen Fortschritts immer mitgesetzt ist.

Dass infolge zunehmender Automatisierung von Arbeit mehr Arbeitsplätze wegfallen als geschaffen werden, ist nun aber kein Zeichen dafür, dass insgesamt weniger gearbeitet würde. Vielmehr wird, verdeckt durch den Begriff der Effizienz, immer mehr gearbeitet, welches sich in steigenden Wachstumsraten niederschlägt, die von zunehmend weniger Beschäftigten in die Höhe getrieben werden. Diese Entwicklung ist der Eigendynamik des kapitalistischen Produktionssystems ebenso geschuldet, wie dessen Tendenz sich auszudehnen, also bestehende Märkte sich einzuverleiben bzw. neue Märkte zu schaffen. Insofern schafft der globale Markt von seiner Gesamttendenz aus betrachtet allenfalls kurzfristig Arbeitsplätze in sogenannten Schwellenländern. Haben sich dort die Märkte erst einmal etabliert und die Arbeitslöhne angepasst, werden auch in diesen neuen Industriegesellschaften sämtliche Rationalisierungsmaßnahmen zu Gunsten der Rendite zur Anwendung gebracht, weshalb in diesen Ländern Armut höchstens vorübergehend und partiell abgebaut wird, sich aber insgesamt verdoppelt. Die Kunst des Kapitalismus, die Profitrate innerhalb von Produktions- und Dienstleistungsprozessen durch In- und Exklusion vom Arbeitsmarkt zu steigern, besteht also auch darin, Armut immer wieder neu zu erzeugen, und zwar erstens um die Löhne niedrig zu halten und zweitens um eine Konsumentenschicht für billige Massenprodukte zur Verfügung stehen zu haben. An der Armut der Menschen lässt sich von hier aus betrachtet in vielfältiger Weise verdienen, auch dann noch, wenn man eine mögliche Sozialfürsorge in Rechnung stellt.

Im Zuge des gleichzeitigen Prozesses der Ausdehnung und Monopolisierung des Kapitals, auch Globalisierung genannt, treten die von Marx genannten Merkmale entfremdeter Arbeit in ungewohnt scharfer Form auch in den reichen Ländern wieder ins Bewusstsein, müssen aber noch durch

ein weiteres Merkmal, nämlich strukturelle Arbeitslosigkeit, ergänzt werden. Nicht nur leidet der Beschäftigte unter dem Arbeitsdruck, Konkurrenzkampf und zunehmender Verdinglichung seines Bewusstseins. Für den Beschäftigungslosen erhöht sich dieser Druck noch insofern, als es ihm, und nicht etwa der Arbeitsmarktpolitik, angelastet wird, keinen Arbeitsplatz zu besitzen. In Wahrheit ist die Verknappung von bezahlter Arbeit jedoch ein strategisches Instrument der Marktkontrolle, ist also auch politisch gewollt, insofern politische Herrschaft und materielle Vorteilsnahme in der bürgerlichen Gesellschaft eine unauflösbare Allianz eingehen. Deshalb schreibt Marx auch eine Kritik der *politischen* Ökonomie, denn hinter einer Politik, die ihre Macht nur als verlängerter Arm der Logik der Profitrate etablieren, erhalten oder ausbauen kann, steht immer auch ein politischer Wille. Das bedeutet, dass die Ökonomie nicht so blind in Bezug auf ihre realen Tendenzen ist, wie es autopoietischen Systemen gern zugeschrieben wird. Insofern sie auch nur ein Teilbereich des Gesamtsystems der bürgerlichen Gesellschaft ist, ist sie von deren Ideologie durchdrungen und tappt nicht bewusstlos in die Armutsfalle des Kapitalismus. Armut, d. h. der Ausschluss einer wie auch immer bezeichneten breiten Bevölkerungsschicht von bezahlter Arbeit, Bildung, Gesundheit und sinnerfüllter Existenzweise, ist daher substantielles Element der bürgerlichen Gesellschaft und in ihr bzw. durch sie auch nicht zu beseitigen²⁰.

Weil die bürgerliche Gesellschaft, getragen und durchdrungen von der Ideologie des Wettbewerbs, notwendig Verlierer, also Armut produziert, muss sie, wie Marx fordert, abgeschafft werden²¹. Denn es ist nicht zu erwarten, dass ein System, das sich durch die Erzeugung und Reproduktion von Armut erhält, diese beseitigen könnte. Im Gegenteil: der permanente Klassenkampf ist der bürgerlichen Gesellschaft eingeschrieben, innerhalb derer wohl Macht- und Eigentumsverschiebungen möglich sind, aber nicht die Auflösung der Klassen bzw. Klassenstruktur. Diese ergibt sich zwar aus der ungleichen Verteilung von Eigentum, aber dieser auf materieller Ungleichheit basierenden Ökonomie geht die Ideologie des Konkurrenzkamp-

²⁰ Auf die Bedeutung eines individuellen, jenseits des Klassenbewusstseins zu vertretenden Sinnhorizonts, den Marx allenfalls indirekt in seiner Kritik der entfremdeten Arbeit anspricht, macht insbesondere der späte Marcuse aufmerksam. Vgl. insbesondere: Das Ende der Utopie. Frankfurt 1980.

²¹ In der Deutschen Ideologie spricht Marx von der „Auflösung aller Klassen“ durch eine kommunistische Revolution, die nicht nur notwendig sei, um die herrschende Klasse zu stürzen, sondern um „sich den ganzen alten Dreck vom Halse zu schaffen“ (a. a. O. S. 70).

fes voraus, dessen Regeln, wie Kant schon argwöhnte, eher dem Dschungel, also dem Tierreich, entstammen als einem auf der Würde des Menschen basierenden Rechtsstaats.

Marx' Forderung, die bürgerliche Gesellschaft bzw. das bürgerliche Konkurrenzsystem abzuschaffen, ist mit Blick auf die von ihr produzierte Armut, die es zu verhindern gilt, einerseits eine logische Schlussfolgerung, andererseits aber auch moralphilosophisch dimensioniert, geht es im Entwurf der klassenlosen Gesellschaft doch vor allem um die Verteidigung der individuellen Würde. Denn die Ordnungsstruktur der bürgerlichen Gesellschaft ist selektiv, d. h. nicht jeder befindet sich im Stand des Bürgers, dessen Würde geschützt ist, sondern nur derjenige, der entweder über Eigentum verfügt oder jedenfalls über Fertigkeiten, die ihm eine selbständige Existenzweise sichern. Damit ist die große Masse der vorindustriellen Tagelöhner, der frühindustriellen Fabrikarbeiter, der spätkapitalistischen Handlanger, der postindustriellen Sozialhilfeempfänger, mit einem Wort die Masse der „Überzähligen“²², die gleichwohl als Reservearmee des Arbeitsmarkts gebraucht werden, um erstens Löhne permanent niedrig zu halten und zweitens, um bei Bedarf kurzfristig eingestellt zu werden, zwar Teil der bürgerlichen Gesellschaft, als zahlenmäßig stärkste Klasse sogar ihr Fundament bzw. ihre Basis. Indem sie aber als „Überzählige“ des Systems faktisch nicht in der Lage sind, im Konkurrenzkampf zu bestehen und daher kaum ihre Existenz sichern, geschweige denn Eigentum erwerben können, gelten sie nicht als Rechtssubjekte, sondern als „Schutzgenossen“²³, womit ein weiteres Merkmal entfremdeter Existenzweise angesprochen wäre, vielleicht das entscheidende. Vom Ende aus betrachtet, d. h. vom Standpunkt einer hoch technologisierten gesellschaftlichen Realität, in der eine natürliche, nicht-entfremdete Existenzweise schlechterdings unmöglich ist - es sei denn, man würde den Krieg aller gegen alle unter sechs Milliarden Menschen riskieren - kann es nämlich nur darum gehen, ob jeder einzelne Mensch als Rechtssubjekt, als Bürger dieser einen Welt in Würde leben kann oder nicht, und zwar unabhängig davon, ob er über einen Arbeitsplatz verfügt oder zur Reservearmee des Arbeitsmarktes gehört.

²² K. Marx: Das Kapital. A. a. O. S. 526.

²³ So Kant in seinem Aufsatz: Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis (1793). In: Kants gesammelte Schriften. Hrsg. v. d. Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1902-23. Bd. VIII.

Nun könnte man einwenden, dass die bürgerliche Gesellschaft sich wenigstens in Europa einen Rechts- und Sozialstaat zur Seite gestellt hat, der unter dem Prinzip der Rechtsgleichheit auch die Würde des Armen schützt. Nicht umsonst gelte Europa als El Dorado für Immigranten aus weniger entwickelten Weltregionen, die hier wenigstens ihr Recht, wenn nicht Arbeit finden können. In der Tat sind in Afrika, Asien und Osteuropa nicht nur die Arbeitsbedingungen schlechter, sondern häufig auch die Rechtsstrukturen unsicherer und damit der Entfremdungsgrad der Existenzweise höher. Doch die zur Migration zwingende, manchmal bis auf den Hungertod entwirklichte Existenz²⁴ ist nicht Resultat einer „natürlichen“ Entwicklung, wie es die Ideologie der Klassengesellschaft gern behauptet und damit ihr rassistisches Potential offenbart. Das globale und regionale „Prekariat“ ist Resultat der künstlichen Verknappung von bezahlter Arbeit und der systematischen Vernichtung nicht industrialisierter Lebensräume zu Gunsten des Systems, welches die bürgerliche Klassengesellschaft ist.

Schon zu Marx' Zeiten agierte die bürgerliche Klassengesellschaft nicht national, sondern global. Deshalb spricht Marx von der „Großen Industrie“, für die der Nationalstaat nur ein Durchgangsstadium war, um wirtschaftliche Interessen, gestützt durch eine zentrale Verwaltung, effektiver durchsetzen zu können. Im sogenannten globalen Zeitalter geht es nur noch um Standortvorteile, die heute hier, morgen dort sein können, aber nicht mehr national besetzt sind. Insofern haben alle Nationalideologien etwas Rückwärtsgewandtes und sind für das Große Kapital nicht länger interessant. Aber die Klassenstruktur selbst, d. h. die Systemlogik der bürgerlichen Konkurrenzgesellschaft ist unabdingbar für den Aufbau globaler Märkte, und dies bedeutet, dass die Anzahl der „Überflüssigen“, in relativen und absoluten Zahlen betrachtet, steigen wird. Solange der technische Fortschritt im Dienst der Profitrate und der sie stützenden Klassen- bzw. Rassenideologie steht, deren Produkt er wahrscheinlich ist - warum sonst, wenn nicht in Erwartung eines satten Gewinns hätten die Alchemisten den Stein der Weisen finden wollen - solange wird die Automatisierung der Arbeit nicht zur Verbesserung der individuellen Arbeits- und Lebensverhältnisse führen oder gar den Entfremdungsgrad der jeweiligen Existenzweise senken. Denn am Grad der Entfremdung gemessen sind sich die durchschnittlich bezahlt oder unbezahlt arbeitenden Menschen in der globalen Klassengesellschaft alle gleich, und ob eine der Fastfood-Industrie geschuldete Fettsucht vor allem im Reservistenmilieu der reichen Industrie-

²⁴ Vgl. K. Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte. A. a. O. S. 561.

länder auf eine weniger entfremdete Existenzweise schließen lässt als eine Lebensform, die durch Hungersnöte, Krieg und Flucht gekennzeichnet ist, mag noch dahingestellt sein, auch wenn sicher sein dürfte, dass die Entfremdung von einer natürlichen, sozialen Lebensform in einem Flüchtlingscamp schmerzhafter erfahren wird als im vorstädtischen Wohnblock der Überzähligen.

Liest man Marx' Kritik der politischen Ökonomie nicht nur als Kritik der Nationalökonomie, sondern vor allem als Kritik der „Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft“²⁵, also als Kritik eines auf Expansion, Konkurrenz und Selektion beruhenden Wirtschafts- und Sozialsystems, dann dürfte klar sein, dass die bürgerliche Konkurrenzgesellschaft sowenig wie die ihr zuarbeitende Ökonomie der Kapitalakkumulation ins Korsett des Nationalstaats gezwungen werden kann, dessen sie sich immer nur bediente. Die bürgerliche Gesellschaft agiert global und schafft, unterstützt durch regionale Binnenstrukturen, ein globales Klassensystem zwischen West und Ost, Nord und Süd, wodurch sie sich, und eben auch Armut, immer neu reproduziert. Als Verlierer des Wettkampfes innerhalb der globalen Klassengesellschaft sind die Armen und Entrechteten von vornherein vereint in Gestalt eines ungefähr vier Milliarden Menschen umfassenden „Prekariats“, dessen Schwäche vor allem - auch an dieser Stelle lässt sich noch uneingeschränkt mit Marx argumentieren - im Mangel an Klassenbewusstsein besteht. Nun kann die Entfaltung eines solchen Bewusstseins von der Verstrickung des eigenen Schicksals in die globale Klassenstruktur nicht mehr vom Proletariat erwartet werden, das im Zuge des technischen Fortschritts zusammen mit den Arbeitsplätzen in der Industrie verschwand. Und ob die bürgerliche Gesellschaft infolge ihrer neuen Differenzierungskriterien die Kraft hat, selbstemanzipatorisches Potential freizusetzen, das vermutlich nicht die Klassen abschaffen, aber vielleicht in Balance halten könnte, dürfte nicht zuletzt davon abhängen, inwieweit sie die von ihr selbst geschaffene Dynamik, nie reich genug zu sein, um Armut zu verhindern, unter politische, d. i. rechtsstaatliche Kontrolle bringt.

Gelingt der bürgerlichen Gesellschaft der Rechtsstaat und damit die Integration der Überzähligen in den politischen Diskurs, wäre mehr gewonnen als ein die Politikverdrossenheit ersetzendes neues politisches Klassenbewusstsein. Im Bewusstsein ihrer Würde wären die vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen dennoch in den Kontext eines universalen Humanisierungsprojektes eingebettet, an dem jeder Mensch als Bürger dieser einen

²⁵ K. Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. A. a. O. S. 8.

Welt gleichberechtigt partizipiert. Nur unter der Voraussetzung, dass die bürgerliche Gesellschaft im bürgerlichen Rechtsstaat eine ihr ebenbürtige Gegenstruktur vorfindet, sich also nicht nur globalisiert, sondern zugleich als Kosmopolis konstituiert, wird sie die von ihrem blanken Gewinnstreben verursachten Folgeprobleme wie globale Armut, Umwelt- und Kulturzerstörung oder auch eines ausschließlich am Konsum orientierten Massenbewusstseins in den Griff bekommen. Vielleicht liegt der Schlüssel ökonomischer und sozialer Balance ja nicht in der Schaffung neuer Arbeitsplätze, die innerhalb des ökonomischen Konkurrenzsystems und angesichts der technologischen Entwicklungen niemals genug sein werden, um allen Menschen eine angemessene Grundexistenz zu sichern. Vielleicht ließe sich eine Balance innerhalb der globalen Klassengesellschaft dadurch herstellen, dass nicht-bezahlte Arbeit als der eigentliche Kitt des Lohnarbeitersystems entsprechend des von ihr produzierten Mehrwerts entlohnt würde²⁶. Dies wäre kein Gnadentat gegenüber den Überzähligen, sondern im Grunde genommen die einzig verbliebene Chance der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Geschichte noch etwas fortzuschreiben.

Insofern muss das Kommunistische Manifest auch nicht als Grundlegung einer nicht mehr bürgerlichen Gesellschaft gelesen werden, sondern als eine ihrer letzten pragmatischen Verteidigungsschriften. Entweder wird die Logik der Profitrate zu Gunsten einer kosmopolitischen Logik aufgegeben, oder die bürgerliche Klassengesellschaft liefert sich einem Selbstzerstörungspotential aus, das die geschichtliche Zukunft des Menschen gleich mitvernichtet. Einen Vorschein auf solche Realität in Permanenz liefern uns die täglichen Bilder des Welt- und inzwischen auch des Lokalgeschehens. Sie sollten uns Anlass genug sein, nicht nur zu rasonieren, sondern auch tatkräftig zu widersprechen. Denn etwas anderes, als in Widerspruch zum Zeitgeist und zu seinen Subideologien zu treten, kann die Philosophie immer noch nicht, und wird sie wohl auch nie können.

²⁶ Vgl. hierzu vor allem André Gorz: Arbeit zwischen Utopie und Misere. Frankfurt 1999.

Reitemeyer, Ursula: Marx' Theorie der entfremdeten Arbeit im Spiegel der sich auflösenden Lohnarbeitersgesellschaft. S. 38-52 in: Horst Müller (Hg.), Die Übergangsgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Kritik, Analytik, Alternativen. BoD-Verlag, Norderstedt 2007. ISBN 978-3-8334-9769-8 Ein Textangebot des Portals <http://www.praxisphilosophie.de> Ausdruck und Veröffentlichung bitte mit dieser Quellenangabe